



AMBASSADE DE SUISSE
À MADAGASCAR

an	PO AN KMSZ	
Datum	14.6.1965	16.6.
Vise	4 L 12/	L
EPD	14. Juni 1965	
Tananarive, le		
Rue Carayon 17		
Boîte postale 118		
Téléphone 2846		

p.b. 73.08.0.

9. Juni 1965

Réf.: A.04.1.-KL/ha
T.40.

An die Abteilung für Politische
Angelegenheiten des Eidgenössischen
Politischen Departements

VERTRAULICH

B e r n

Herr Botschafter,

Anlässlich meiner kürzlich erfolgten Dienst- und Informationsreise nach den Maskarenen hatte ich Gelegenheit, auf Mauritius, dieser kleinen britischen Kolonie im Indischen Ozean, mit verschiedenen Persönlichkeiten der Regierung und des Wirtschaftssektors zusammen zu kommen und mich über die gegenwärtige, Besorgnis erregende politische Lage näher zu orientieren. Wie Sie wissen, wird die Frage der künftigen Staatsform dieser Insel derzeit mit einiger Heftigkeit von der einheimischen Bevölkerung debattiert und führte bereits zu mehreren Malen zu Zusammenstössen zwischen Anhängern der Unabhängigkeit (Labour Party, vorwiegend bestehend aus Indo-Mauritianern) und Befürwortern einer Integration oder Assoziation mit Grossbritannien (Parti Mauricien Social Démocrate, deren Mitglieder sich hauptsächlich aus der "Population générale" rekrutieren.)

Nach den ersten Ausschreitungen von Anfang Mai d.J., die einige Todesopfer forderten, worunter auch ein Weisser, rief der Gouverneur Sir John Rennie den Ausnahmezustand aus. Das Verbot zum Abhalten öffentlicher Versammlungen ist inzwischen bis Ende Juni d.J. verlängert worden. Mitte Mai wurden britische Truppen aus Aden herbeigezogen, die für Ruhe und Ordnung zu sorgen haben. Seit ihrem Eintreffen haben sich die Gemüter tatsächlich beruhigt, ohne dass jedoch eine aufrichtige, dauerhafte Entspannung eingetreten wäre oder die entgegengesetzten Standpunkte sich genähert hätten. Es glüht weiter unter der Asche und ein Hauch dürfte genügen, um das Feuer wieder zum Lodern zu bringen.

Sir John Rennie hat mir bei einer Unterredung erklärt, dass ihm zur Beruhigung der Lage keine andere Wahl blieb als den Ausnahmezustand auszurufen und Truppen einzusetzen. Ueber die tatsächlichen Ursachen des plötzlichen Ausbruches der Demonstrationen und der raschen Vergiftung der Atmosphäre herrscht selbst in Regierungskreisen Unklarheit. Ueber- rascht hat vor allem die Tatsache, dass man mit dem Näher- rücken des Entscheides über den neuen verfassungsmässigen Status der Inselfür unversehens vor bisher unbekannte

../..



Rassenprobleme gestellt sieht. Die rassenbedingten Animositäten und die Auseinandersetzung über die künftige Staatsform hätten jedoch, so wird betont, kaum genügt, um den bisherigen Frieden zu stören. Es dürften demnach subversive Elemente im Spiele sein, über deren Charakter und Ausmass anscheinend aber wenig Konkretes bekannt ist. Der Eindruck herrscht vor, dass die Exekutive den Ernst der Lage anfänglich unterschätzte und darauf verzichtete, gewisse Sicherheitsmassnahmen zu treffen obschon, wie verlautet, ihr einige Tage zuvor die wachsende Spannung und Erhitzung unter der Bevölkerung gemeldet worden war. Nach den Manifestationen wurde dann eine Untersuchung eingeleitet, um den wahren Ursachen auf die Spur zu kommen.

Ganz allgemein ist man der Ansicht, die im April d.J. beim Besuch des britischen Kolonialministers Anthony Greenwood sich abgespielte Massendemonstration zu Gunsten der Integration habe bei der Labour Party, welche die Unabhängigkeit anstrebt, einen richtigen Schock ausgelöst. Die genannte Partei lebte bisher in der festen Ueberzeugung, dass die Mehrheit der indo-mauritianischen Bevölkerung (etwa 2/3 der Gesamtbevölkerung) abgesehen eines Teils der Musulmanen, die staatliche Selbständigkeit wünsche. Plötzlich stellte die Partei fest, dass es in ihrem eigenen Gebälk zu krachen begann und der Wunsch nach Unabhängigkeit nicht mehr überall geteilt wird. Von dieser Tatsache ausgehend wurden in den letzten Wochen verschiedene Thesen entwickelt, welche den Lauf der seither erfolgten Ereignisse zu erklären versuchen. Gemässigte Kreise glauben, dass die unerwartete Entwicklung zu Gunsten der Integration unter einigen politischen Führern Unsicherheit und Verworrenheit hervorgerufen habe, die sich auf die breite Masse übertrugen. In Integrationskreisen weist man mit Vorliebe auf das leuchtende Vorbild der Nachbarinsel La Réunion hin, die als französisches Departement von der Metropole grosszügige wirtschaftliche und soziale Hilfe erhält. Die Befürworter einer Integration von Mauritius mit Grossbritannien erhoffen von dieser Lösung ähnliche Vorteile. Unter dem Druck eines sozialen Missverhältnisses - bei wenigen Reichen ein Riesenheer Armer -, dem Problem der Uebervölkerung und der sich daraus ergebenden Arbeitslosigkeit und der Furcht vor der Zukunft wuchs nach und nach das Unbehagen unter dem Volke bis zum Siedepunkt und zur spontanen Explosion. Dabei soll - und darin liegt das Schwergewicht dieser These - keine vorsätzlich organisierte Triebfeder hinter der Bewegung stecken. Dieser Darstellung steht eine zweite gegenüber, die das Geschehen mit völlig anderen Augen sieht. Nach ihr wurden die Manifestationen säuberlich vorbereitet und geleitet, was insbesondere daraus zu ersehen sei, dass sie trotz der weiter schwelenden Unrast wie auf Kommando abgestoppt und nach Belieben an strategischen Punkten

zeitlich begrenzt wieder zum Ausbruch gelangten und zurückgestaut wurden. Wer steht hinter diesem Manöver? Keiner anderer, so wird behauptet, als Dr. Ramgoolam, Chief Minister und Führer der Labour Party. Die Gefahr, seine persönliche und die Führerstellung seiner Partei an die integrationsfreundliche Opposition zu verlieren, soll ihn veranlasst haben, die Demonstrationen zu inszenieren in der Hoffnung, die Weissen und insbesondere die reichen Zuckerrohrplantagen- und Fabrikbesitzer in Panik zu versetzen und sie zu unüberlegten Handlungen zu verleiten. Dies hätte ihm nach seiner Spekulation in der Folge ermöglichen sollen, den Einfluss des weissen Elementes und ganz allgemein der "population générale", welche das Hauptkontingent in der Parti Mauricien stellt, stark zu reduzieren. Die Reaktion seiner Gegner fiel indessen wesentlich gemässiger aus, wenn es auch da und dort in Kreisen der Zuckermillionäre nicht an Angsterscheinungen fehlte. Die scharfen Massnahmen des Gouverneurs hätten dann Dr. Ramgoolam genötigt, seine Taktik zu ändern und den Manifestationen ein Ende zu bereiten. Dr. Ramgoolam werden ebenfalls seine kommunistischen Sympathien vorgeworfen. So sollen Briefschaften aufgedeckt worden sein, wonach er mit Führern kommunistischer Staaten in Verbindung stand und noch stehe. Auch wurde seine zu Beginn d.J. bei einem Besuch in Bombay abgegebene Erklärung, Mauritius solle sich mit Tansania vereinigen, stark kritisiert. Trotz der Angriffe gegen ihn erfreut sich Dr. Ramgoolam aber nach wie vor grosser Popularität dank der ihm eigenen Kunst, sich keine Feinde zu schaffen. Seine Stellung als Chief Minister scheint offenbar nicht gefährdet zu sein.

Verfechter einer dritten These schieben die Schuld an den Unruhen chinesisch-kommunistischen Agitatoren in die Schuhe. Sie behaupten, dass sich unter den etwa 25'000 Chinesen der Insel kommunistische Elemente befinden, die insbesondere die Jugend - auch die nicht-chinesische - bearbeiten und dort einen guten Nährboden für ihre subversive Tätigkeit gefunden haben. Der "All Hindou Congress", eine politische Gruppe welche den Zusammenschluss aller indischen Abkömmlinge anstrebt, sei mit Kommunisten durchsetzt und übe seinen Einfluss bis in die Labour Party hinein aus.

Ein bedeutender Zuckerrohrplantagenbesitzer äusserte sich mir gegenüber sehr pessimistisch. Er ist überzeugt, dass Dr. Ramgoolam ein Doppelspiel führe mit dem verborgenen Ziel, den weissen Kapitalisten auf den Leib zu rücken und sie nach kubanischem Muster zum Verlassen der Insel und zur Aufgabe ihrer Güter zu zwingen. An diesem Spiel nähmen die Kommunisten eifrigen Anteil. Ihre Agitatoren

seien in den indo-mauritianischen Arbeiterdörfern der Zuckerplantagen (man nennt diese Siedlungen allgemein "Camps") unentwegt am Werke und es werden im Geheimen politische Versammlungen abgehalten. Die Sabotageakte sollen sich ebenfalls häufen: durchschnittene Telephonlinien, Strassenblockaden und dergleichen. Die meisten Plantagenbesitzer sahen sich gezwungen, innerhalb ihrer Domänen Wachtdienste zu organisieren, die Hauptzugänge zu sperren und andere Sicherheitsmassnahmen zu ergreifen. Zu dieser politischen Unruhe geselle sich noch der Umstand, dass durch massive Lohnerhöhungen, kalkuliert auf Zucker-Rekordpreisen im Jahre 1963, einerseits und andererseits zufolge des seither eingetretenen gewaltigen Preissturzes des Zuckers auf dem Weltmarkt eine Finanzkrise in der mauritianischen Zuckerindustrie auszubrechen drohe, die unabsehbare Folgen haben könne. Die Insel lebt fast ausschliesslich vom Zucker und seinen Nebenprodukten. Zwar gehen die Anstrengungen weiter, diese Monokultur zu durchbrechen und andere landwirtschaftliche Produkte wie Tee, Tabak, Aloëfaser, usw. vermehrt anzubauen und auch die Industrialisierung zu fördern. Dies sind aber langfristige Vorhaben und noch auf Jahre hinaus wird der Zucker das Land regieren und über wirtschaftlichen Wohlstand oder Not entscheiden.

Mit etwelcher Sorge sieht man bei der politischen Gegenwartslage der bevorstehenden "coupe", dem Zuckerrohrschneiden, entgegen, die anfangs Juli beginnen wird. Die Ernte verspricht einen guten Ertrag; schätzungsweise zwischen 630 bis 700'000 Tonnen Rohzucker gegenüber etwa 550'000 Tonnen im Vorjahr. Wenn beim Schneiden neben dem Zuckerrohr keine Köpfe fallen, so dürfte die erste Runde gewonnen sein. Rollen Köpfe, dann ist es mit dem Einbringen der Ernte wahrscheinlich aus und es könnte zu blutigen Zwischenfällen, einem Chaos und wirtschaftlichen Zusammenbruch kommen. Als weiteres kritisches Datum wird der Monat September genannt, wenn in London die Besprechungen über den künftigen Status der Insel aufgenommen werden. Die "coupe" wird zu jenem Zeitpunkt noch immer im Gange sein und ein unglücklicher Entscheid in London könnte schwerwiegende Rückwirkungen in Mauritius auslösen.

Viele der konsultierten Kreise sind der Meinung, Grossbritannien möchte Mauritius loswerden und neige zur Gewährung der staatlichen Unabhängigkeit. Andere behaupten das Gegenteil und weisen darauf hin, dass England auf dem Gebiet der Fernmeldung in der Kolonie gewaltige Investitionen vorgenommen habe und nicht gewillt sei, diese schon bald wieder zu verlieren. Auch redet man immer wieder von der Errichtung auf Mauritius einer anglo-amerikanischen Station zum Aufspüren von Nuklearexplosionen, sowie von der Umwandlung in eine anglo-amerikanische Operationsbasis der

Mauritius administrativ angegliederten Insel Diégo Garcia, 1'180 Meilen nordöstlich im Indischen Ozean. Diese Pläne sprechen eher für die Eingliederung der Kolonie in das Mutterland in der einen oder andern Form, oder zu mindest für eine bedingte Unabhängigkeit.

Die Ereignisse der letzten Wochen wirkten sich lähmend auf das Geschäftsleben aus. Die Kaufleute, mit denen ich sprach, klagten ausnahmslos über einen merklichen Rückgang der Transaktionen. Sonst konnte ich, abgesehen von einem mehr oder weniger spürbaren Malaise, keine besondere Nervosität unter der Bevölkerung feststellen. Ab und zu sieht man mit britischen Militärs besetzte Lastwagen durch Ortschaften oder auf den Landstrassen patrouillieren. Der Verkehr auf der ganzen Insel, auch nachts, wickelt sich anscheinend wieder normal ab. Daraus darf geschlossen werden, dass der Gouverneur Herr der Lage ist. Zahlreiche Rädelsführer und unlautere Elemente sollen sich, wie ich vor meiner Abreise erfuhr, unter Arrest befinden und andere werden beschattet. Wenn es gelingt, die "coupe" ohne Zwischenfälle zu beenden und in London eine für alle Beteiligten annehmbare Lösung zu finden, so dürfte bald wieder völlige Ruhe einkehren. Wirtschaftsfachleute sind der Meinung, dass Mauritius, welches über eine gut ausgebaute Infrastruktur verfügt, interessante Entwicklungsmöglichkeiten habe sofern der Insel eine zehnjährige Periode der Ruhe und Stabilität vergönnt sei.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Geschäftsträger a.i.:



Kopie an: - die Abteilung für Verwaltungsangelegenheiten
des EPD, Bern
- die Schweizerische Botschaft in London
- die Schweizerische Botschaft in Addis Abéba
- die Schweizerische Botschaft in Paris